

Zeitschrift:	Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber:	Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band:	67 (1988)
Heft:	1
Artikel:	Hat die SP die Anliegen der Industriearbeiter vernachlässigt? : Gewerkschaften ohne Sozialdemokraten? : Sozialdemokraten ohne Gewerkschaften?
Autor:	Reimann, Fritz
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-340582

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 04.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Strukturen, Versammlungsgewohnheiten und Beitragsforderungen verschiedenste mögliche Zielgruppen von vorneherein ausschliessen.

Persönlich glaube ich nicht, dass die SP ihre Aufgabe als sozialer Schutzwall eigentlich vernachlässigt hat. Wenn ich an die Landratsdebatte zum Thema soziale Krankenversi-

cherung denke, so meine ich, die SP bemühte sich da, ihre historisch bedeutsame Rolle voll zu erfüllen. Soziale Forderungen wurden durch uns nicht vernachlässigt, sie sind in der Wahrnehmung nur in der Tat durch umweltpolitische Themen verdeckt worden. Wir leben auch im sozialpolitischen Bereich in einem merkwürdi-

gen Widerspruch. Nach wie vor zeigen Untersuchungen, dass wir bei weiten Kreisen der Bevölkerung über ein gewisses sozialpolitisches Vertrauen verfügen. Um hier jedoch erfolgreicher politisieren zu können, benötigten wir andere Mehrheiten, doch gerade die wurden uns verweigert.

Hat die SP die Anliegen der Industriearbeiter vernachlässigt?

Gewerkschaften ohne Sozialdemokraten? Sozialdemokraten ohne Gewerkschafter?

Von Nationalrat Fritz Reimann

Nach den Wahlen im Oktober hat der Präsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, Fritz Reimann, in der «Weltwoche» öffentlich über die Niederlage der Sozialdemokraten nachgedacht. Seine Thesen, wonach die SP die Anliegen der Arbeiterschaft und somit ihre traditionellen Wähler sträflich vernachlässigt habe, hat in zahlreichen Parteisektionen einiges Aufsehen, aber auch Proteste ausgelöst. Wir stellen hier den Beitrag von Fritz Reimann unseren Leserinnen und Lesern zur Diskussion. Fritz Reimann ist Verbandspräsident des Schweizerischen Metall- und Uhrenarbeitnehmerverbandes und sitzt für den Kanton Bern seit 1979 im Nationalrat.

Es ist erstaunlich, wie rasch man nach dem 18. Oktober mit dem Verdikt bei der Hand war, die Gewerkschaften trügen die Schuld am Wahldebakel der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz. Das dürfte wohl ein sehr voreiliger Schluss gewesen sein. Es muss gewiss nicht darüber gestritten werden, ob die SPS die Wahlen

verloren habe. Schwieriger wird es, wenn der Frage nachgegangen werden muss, wer dafür die Verantwortung zu tragen habe. Bei allem Verständnis dafür, dass Kopfjägerei und das Ausspähen von Sündenböcken kein sehr kreativer Vorgang in der Ursachenforschung ist, müssen die Gründe dieser Wahlniederlage rasch gefunden und die notwendigen Schlussfolgerungen gezogen werden. Diesbezüglich sind erst eindeutige Ergebnisse zu erwarten, wenn die Zahlen vorliegen, aus denen die Fremdstimmen, die reinen Listenwähler und die Streichungen und Kumulationen hervorgehen. Darauf müssen wir bis nach Neujahr warten.

Sicher müssen auch die Gewerkschaften über die Bücher und ihr Verhältnis zur und ihre Rolle in der Politik auf bundesparlamentarischer Ebene neu überprüfen. Ganz so einfach wird dies gar nicht sein: Über 60 Prozent der Mitglieder der Gewerkschaft Bau und Holz beispielsweise sind politisch sprachlos, weil ausländische Staatsangehörige. Der Anteil

der Ausländer wächst auch beim SMUV, insbesondere in den bevölkerungsreichen städtischen Agglomerationen. Die Ausländer machen bei den Metall- und Uhrenarbeitern heute schon bald 30 Prozent aus; auch sie sind politisch sprachlos.

Der Präsident des Schweizer Freisinns trifft deshalb mit seinen Unkenrufen nach einer Arbeitervertreitung ohne Sozialdemokratie am Ziel vorbei. Dies ist keine Lösung, allerdings nicht deshalb, weil man diese Aufgabe nicht «braven Gewerkschaftern» überlassen könne, wie Genosse Gross in der «Weltwoche» meinte. Weder Max Weber noch Hans Peter Tschudi noch Willi Ritschard noch Otto Stich, die alle das Vertrauen der Gewerkschaften genossen, können als «brave Gewerkschafter» abgestempelt werden. Und manche Bestimmungen in der schweizerischen Sozial- und Arbeitszeitgebung trägt die Handschrift von Gewerkschaftern. Nein: die Gewerkschaften können ohne die Kraft der Sozialdemokratie ihre politischen

Anliegen im Parlament nicht durchsetzen, und die Sozialdemokratie hat ohne die Gewerkschaften zu wenig Kraft. Der Sachverhalt ist nicht einfach. Die Übernahme von Verantwortung in der Parteispitze und in den Parteidiskussionen bis weit in die Landsektionen durch akademisch geschulte Aktivisten hat zu einer Sprachlosigkeit auch unter den Schweizer Genossinnen und Genossen unterschiedlicher Herkunft geführt. Der Stil der Auseinandersetzung an derartigen «universitären» Konflikten mag für intellektuell geschulte Studenten, Assistenten und selbst Professoren ein Lustgewinn gewesen sein; für viele Arbeiterinnen und Arbeiter, aber auch für viele Angestellte, die frühmorgens, oft mit langen Arbeitswegen, zur Arbeit aufgebrochen sind und abends an der Parteiversammlung nicht mit auf das Wesentliche reduzierter Informationskost konfrontiert, sondern mit zermürbenden Debatten um oft entlegene Themen ermüdet wurden, kam irgendeinmal der Punkt, an dem man den Rückzug in die eigenen Kreise den Parteaktivitäten vorzog. Den Anliegen der Fabrikarbeiterinnen und Fabrikarbeiter wurde vielleicht zugehört; man war oft sogar stolz auf die Arbeiter in der Sektion, huldigte aber einem Industrieromantizismus, der mit den realen Verhältnissen schlicht nichts zu tun hatte. Die eigentlichen Probleme dieser Genossinnen und Genossen waren nicht mehr die Themen der Parteiversammlungen. Später kamen die Anliegen der Ökologie in die Parteidiskussionen. Dafür war auch weiterum so lange Verständnis vorhanden, als man noch nicht so recht wusste, wer eigentlich für die Umweltzerstörung verantwortlich sein solle. Bald hatte man aber auch hier den Sündenbock gefunden: die In-

dustrie. Die Industrie aber war der Ort, wo viele Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter ihr tägliches Brot verdienen mussten – ein ganz anderer Ort als die Schulstube, das Büro in der Verwaltung, die Forschungsanstalt an der Universität, das Kinder- oder Altersheim oder das Spital. Die Industrie ist eine eigene Welt, die sich nur vorstellen kann, wer selber dort sein Brot verdient. Dieses Auseinanderdriften der traditionellen Arbeiterschaft und der Eliten in der Partei ist das Verheerende, das die SPS im Bundesparlament auf den Stand von 1919 zurückgeworfen hat. Ich gehöre zu den Leuten, die glauben, dass dies nicht mit dem Genossen Trend zusammenhängt, wie das so manche behaupten. Es gibt Länder, in denen der Stand der Industrialisierung mit demjenigen der Schweiz vergleichbar ist und wo trotzdem Sozialdemokraten Regierungsverantwortung tragen. Die schwierige Aufgabe der Partei besteht vielmehr darin, neue Anhängerschaften und neue Themen zu finden und zu bearbeiten, ohne dabei die traditionellen Wähler zu verlieren. Momentan ist es in der Schweiz so gelaufen, dass man neue Schichten hätschelte, während man die treueste Wählerschaft sträflich vernachlässigte, die Gewerkschafterinnen und die Gewerkschafter. Das konnte mit der Zeit nicht mehr gutgehen. Hinzu kam ein nur schwer erklärbarer Fehler: Zunächst, als die Partei in den sechziger Jahren Wähler in Scharen an den Landesring verlor, der mit dem ganzen Gewicht einer von der Migros subventionierten Partei ureigenste sozialdemokratische Themen usurpierte, beschloss die SPS die Strategie des eigenen Gepräges. Sie liess sich nicht verführen, hängte sich nicht an die Themen dieser Partei, sondern fand zu einer

eigenständigen, unverwechselbaren Programmatik. Das zahlte sich mit dem Wahlsieg von 1975 aus. Seither verliert die Partei, und seither versucht sie auch, zunächst die bessere POCH und später die bessere Grüne Partei zu sein. Diesen Wettbewerb konnte die SP nicht gewinnen in einer Zeit, in der ohnehin eine Tendenz zur gesellschaftlichen Atomisierung und Vereinzelung stattfand, die sich auch in der Zersplitterung der politischen Gruppierungen äussert. Was deshalb nottuft, wäre das Aufnehmen von Anliegen, Bedürfnissen und Sorgen der Basis – auch dann, wenn diese weder besonders grün noch besonders «links» sind. Für den, der eben erst vor wenigen Jahren aus dem Existenzminimum geraten ist, bedeutet Verzicht mehr als für den, der im Monat 6000 Franken verdient. Auch der Familienvater mit drei Kindern rechnet und lebt anders als Frauen und Männer, die nur für sich selber sorgen müssen. Ich behaupte indessen, dass es genügend gemeinsame Interessen gibt, um wieder eine starke politische Aktionseinheit und Bewegung sein zu können. Allerdings ist harte Arbeit nötig. Und dies ganz besonders bei den parteipolitisch noch gebundenen Kolleginnen und Kollegen in den Gewerkschaften. Wer heute das Geschehen in der Partei bestimmt, tut es aufgrund demokratisch erhaltener Mandate und demokratisch gefällter Beschlüsse. Daran kann kein Zweifel bestehen. Aber Mehrheiten können beeinflusst werden. Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter werden nicht darum herumkommen, ihr Wort in den Gliederungen der Partei wieder einzubringen, sich mit Mehrheiten durchzusetzen und dann auch wieder die Personalpolitik mitzube-

stimmen. Ohne diesen schwierigen Weg durch die Institutionen, den seinerzeit der akademische Nachwuchs der späten sechziger Jahre mit einem Erfolg angetreten hatte, geht es nicht. Damit verbunden sind Arbeit, Konflikte, Auseinandersetzungen und Niederlagen. Nur so werden die heute führenden Kader der Partei gezwungen sein, ihre bevorzugten Themen an ihnen fremden Massstäben messen zu lassen. Anders geht es nicht.

Gewiss, die neue Fraktion der Sozialdemokraten in der Bun-

desversammlung ist zusammengeschrumpft. Wichtige sozialpolitische und arbeitsrechtliche Sprecher der Fraktion fehlen, die meist auch ausgezeichnete Kenner der Arbeitswelt in der Schweiz waren. Wenn die Fraktion sich jedoch zu Beginn der Legislatur einige wenige, überschaubare Ziele setzt und danach in den kommenden vier Jahren insbesondere dafür sorgt, dass diese Ziele erreicht werden, und damit ein Bild der Geschlossenheit vermittelt, dann dürfte sich auf diese Weise auch eine Aus-

strahlung auf das Leben in der Partei erreichen lassen. Hinzu kommt, dass auch die Verbände des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes wieder zu gröserer Geschlossenheit zurückfinden müssen, anstatt sich öffentlich zu bekriegen. Und schliesslich muss der Prozess beginnen, dass die Arbeitnehmerschaft wieder in die Partei zurückkehrt und ihren aktiven Beitrag gegen alle Widrigkeiten in der alltäglichen politischen Arbeit leistet.

Sozialismus als Humanismus und konkrete Moral

Unsere Ungeduld ist berechtigt

Von Ruth Dreifuss

Am Wahlparteitag 1987 der SPS hat Ruth Dreifuss, Sekretärin beim Schweizerischen Gewerkschaftsbund, ein Hauptreferat gehalten. Die Wahlen sind zwar vorbei und nicht so ausgefallen, wie der Parteitag 1987 sich das vorgestellt und erhofft hatte. Aber was Ruth Dreifuss den Genossinnen und Genossen zu sagen hatte, verdient es, einem weiteren Kreis bekannt gemacht zu werden, zumal sich Ruth Dreifuss mit dem Spannungsfeld Utopie und Zwang zum Reformismus der linken und Gewerkschaftsbewegung intensiv auseinandersetzte. Die Übersetzung aus dem Französischen besorgte Ruedi Wullschleger, ehemaliger Zentralsekretär beim VPOD.

Es ist wohl mehr als nur angebracht, dass an diesem Parteitag auch eine Stimme aus der Romandie – und die einer Frau – zu vernehmen ist, und zwar nicht «bloss» als Diskussionsvotum oder im administrativen Teil. Dennoch zögerte ich, als mir angeboten wurde, hier «offiziell» das Wort ergreifen zu dürfen. Ich muss Euch daher kurz sagen, was mich bewegte, doch ans Rednerpult zu treten: Es ist beinahe schon zu einem Gemeinplatz für die Kommentatoren unseres politischen Lebens geworden, in unserer Partei zwischen einem gewerkschaftlichen und einem – ja, wie soll man das bezeichnen? –

«politischen» Flügel zu unterscheiden, oder auch den Reformismus der einen dem Utopismus der andern gegenüberzustellen. Oder von der eher konservativen Grundhaltung des einen und dem progressiven Draufgängertum des andern Flügels zu reden – gar einen Gegensatz von Arbeitern und Intellektuellen zu konstruieren und unsere internen Debatten mit ihrem so notwendigen wie förderlichen Ideenreichtum in eine ständige Zerreissprobe umzudeuten.

Als Gewerkschafterin – und nun gar vollamtliche Funktionärin – dürfte ich wohl befugt sein, diesen Karikaturen ein

realistischeres Bild unserer Partei entgegenzuhalten. Zwar genügte es eigentlich, uns ein bisschen besser zu kennen, uns nicht im Zerrspiegel zu betrachten, um sich davon zu überzeugen, dass diese gängige Zwei-Flügel-Darstellung grob verzeichnet ist. Aber da man ihr teilweise bis in unsere eigenen Reihen hinein Glaubenschenkt, ist es wohl nicht ganz unnütz, darüber zu sprechen. Der Sozialismus lässt sich nicht in ein Schwarz-weiss-Schema zwängen. Er ist nicht ein Entweder-dies oder dann Ebedas. Er ist zugleich «extremistisch», systemverändernd und reformistisch. Er ist kühn, und er ist moderat. Er bedeutet sowohl Verteidigung von bereits Erreichtem wie auch Vornahme einer durch neue Techniken und neue Denkweisen veränderten Zukunft. Er ist mit Leidenschaft dem Heute, dem Alltäglichen zugewandt und fordert uns gleichzeitig ein globales, ganzheitliches Denken ab, das auch die mögliche Zu-